



unser Auftrag

Zeitschrift der Offiziersgesellschaft Wien



Bedingt einsatzbereit

Wie soll Landesverteidigung ohne entsprechende Budgetmittel funktionieren?

Unsere Anliegen ernst nehmen!

Das war der 2. Tag der Wehrpflicht am 20. Jänner

Landesverteidigung klar kommunizieren

Interview mit Generalstabschef Othmar Commenda

Recht und Realität

Wehrpflicht und Gesetzeskonformität

Die kritische Instanz in Sachen Sicherheit.



Mag. Walter Tancsits, Mjr

Der AUFTRAG Nummer 1 des Jahrgangs 2015 könnte als Auftakt zum Jubiläumsjahr „Sechzig Jahre Bundesheer“ gestaltet werden. Mit einem Rückblick auf die Aufbauarbeit der vergangenen Dezenien und einem

Ausblick auf die große Parade zum 26. Oktober.

Nun, die Wehrpolitik dieser Republik hat die Weichen anders gestellt: die Leistungen unserer Soldaten werden mangels öffentlicher Auftritte nicht mehr gewürdigt und das Bundesheer steckt in einer nicht mehr zu beschönigenden Existenzkrise. Zum Feiern

Wir haben aber auch ein beachtenswertes Interview mit dem Chef des Generalstabs, General Othmar Commenda, geführt. Hier wird nichts schön geredet, sondern werden die getroffenen Maßnahmen erläutert, um in Zeiten der finanziellen Ausdünnung Substanz und Kernkompetenzen eines Militärs zu bewahren und wenigstens schrittchenweise die Milizverbände zu befüllen. Das alles kann keine voll zufriedenstellende Erfüllung des verfassungsgesetzlichen Auftrags des Bundesheeres darstellen. Aber es verhindert das endgültige Abdriften in Richtung „B-Gendarmerie“. Das war jene knapp 5.000 Mann starke Infanterietruppe zwischen 1952 und 1955, die von den westlichen Besatzungsmächten genehmigt und später zur Keimzelle des Bundesheeres wurde. Heute würde sich wohl ein Berufsheer in dieser Größenordnung bewegen.

Vom Miliz- und Berufskader bis hinauf zum Generalstabschef haben alle Soldaten, die in diesen schwierigen Zeit einen ordentlichen Dienst leisten, das Bun-

Trendwende in Bedeutung der Sicherheitspolitik muss kommen!

gibt es also Nichts – und die Neutralität als „Geschäftsgrundlage“ des Nationalfeiertags wird ja auch immer brüchiger.

Die Redaktion hat daher in den Mittelpunkt dieser Ausgabe den „Tag der Wehrpflicht“ am 20. Jänner 2015 gestellt. Da haben die wehrpolitischen Verbände Österreichs, mit immerhin mehreren hunderttausend Mitgliedern, diesen Zustand der Landesverteidigung und des Milizsystems zur Debatte gestellt und Antworten von der Politik gefordert.

Eine ganz wichtige Antwort muss sein, dass sich das Parlament in Zukunft viel stärker um die Verteidigungspolitik annimmt als bisher.

desheer, wo immer es geht, aufwuchsfähig erhalten und vor allem junge Leute begeistern können, einen uneingeschränkten Anspruch auf Unterstützung. Die Trendwende in der Bedeutung der Sicherheitspolitik kommt bestimmt. Hoffentlich durch bessere Einsicht und nicht durch einen gewaltsamen Anstoß von außen.

Natürlich bleibt auch entsprechend Platz, um dem Charakter des AUFTRAG als Vereinsmedium gerecht zu werden. Wir berichten über stattgefunden Feste und Veranstaltungen. So weit schon bekannt, kündigen wir die kommenden interessanten Diskussions- und Vortragsabende im Militärkasino am Schwarzenbergplatz an. Die OG Wien freut sich auf regen Besuch.

Immer wieder hört man von kritischen Stimmen aus unseren Reihen den Vorwurf in Richtung Politik und militärischer Planung, dass die Entwicklung in Richtung Berufswehr immer mehr fortschreitet und allen Bekenntnissen zur Miliz zum Trotz weiter an der Umsetzung dieser Entwicklung gearbeitet wird. Dass das keineswegs ein Hirngespinnst sein muss, möchte ich an einem von mir konstruierten Fünfstufenplan unterstreichen. Sie können mit mir beurteilen, wo die von mir geschilderte Entwicklung den Boden der Realität verlässt und hypothetisch wird.

Stufe 1:

Kürzung der finanziellen Mittel in einem Ausmaß, dass ein Fortführen des Status Quo unmöglich wird. Diese Entwicklung ist vom Finanzminister und der Regierung eingeleitet worden und bereits Geschichte.

Stufe 2:

Minimierung des Systems, um mit den vorhandenen finanziellen Mitteln auszukommen. Bundesminister Klug hat selbst mehrmals gesagt: „Für das vorhandene bzw. bereitgestellte Geld ist unser Heer zu groß.“ Daher: Schlie-

Das Berufswehr – eine Vermutung!

ßung von Standorten, Streichung von Kompanien, usw. ... Sie kennen wohl am besten die elendlange Liste von bereits beschlossenen Maßnahmen. Auch dieser Schritt ist bereits erfolgt und kann abgehakt werden.

Stufe 3:

Rückstellung von Wehrpflichtigen: Durch das Streichen von Kompanien und das Schließen von Kasernen und Zusammenlegen von Standorten werden sowohl die Unterbringungskapazität als auch die Ausbildungskapazität verknappt. Die Folge davon wird sein, dass nicht mehr alle Wehrpflichtigen eines Altersjahrganges einberufen und ausgebildet werden können.

Stufe 4:

Diskussion über die Wehrgerechtigkeit:

Wenn aber nicht mehr alle Wehrpflichtigen den Wehrdienst termingerecht ableisten können, gewinnt in kürzester Zeit in der Öffentlichkeit

die Frage der Wehrgerechtigkeit an Dringlichkeit. Und wo die Diskussion um die Wehrgerechtigkeit hinführt, wissen wir zu genau aus der Bundesrepublik Deutschland.

Stufe 5:

Aussetzen der Allgemeinen Wehrpflicht: Es ist unschwer abzuschätzen, dass dann auch bei uns die gleiche Entwicklung wie in Deutschland Platz greift und die Wehrpflicht ausgesetzt wird. Diese Maßnahme geschieht dann aber ohne Einbeziehung der Bevölkerung, einfach durch einen Parlamentsbeschluss der Regierungsparteien. Damit ist auch de facto das Berufswehr bei uns eingeführt und das Ergebnis der Volksbefragung 2013 ausgehebelt. Schon General Entacher hat davor gewarnt, dass so ein Schritt endgültig und irreversibel sein wird.

Kameraden, es liegt an uns, die zukünftige Entwicklung aufmerksam zu beobachten, und wenn notwendig für die verfassungsmäßigen Strukturen geschlossen und entschlossen einzutreten. Vor allem auch deshalb, weil wir als Offiziere der Miliz der Meinung sind, dass nur die milizartige Struktur unseres Bundesheeres einen umfassenden Schutz für unseren Staat bieten kann, der effektiv und leistbar ist.



Mag. Rudolf Raubik, Obst

Unsere Anliegen ernst nehmen!

Am 20. Jänner 2015 lud die „Plattform Wehrpflicht“ zum 2.Tag der Wehrpflicht ins Raiffeisen-Forum in Wien.

Beim 2. Tag der Wehrpflicht verfolgten fast 400 Teilnehmer die Panel-Statements und Diskussionen. Unter den Gästen waren auch die Spitzen des Verteidigungsministeriums, allen voran der Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres, General Othmar Commenda, und die Sektionsleiter.

Forderungen an die Politik

Panel 1 erläuterte die Vorstellungen, Forderungen und Anliegen der Vertreter der wehrpolitischen Verbände an die Politik.

Der Präsident der ÖOG, Oberst Erich Cibulka, führte aus, dass angesichts von Kriegen in unmittelbarer Nähe zu Österreich, etwa in der Ukraine, und dem IS-Terror, der auch Europa erreicht hat, von einer mehrjährigen Vorwarnzeit bei Bedrohungen nicht mehr gesprochen werden kann. „Die Bedrohung ist aktuell – hier und jetzt!“ Er verwehrt sich dabei gegen ein Kaputtsparen des Bundesheeres und gleichzeitige Aufgabentransfers zur Polizei.

ÖUOG-Präsident Vizeleutnant Paul Kellermayr fand klare Worte für die Auswirkungen der derzeitigen Mangelsituation in der Ausbildung der Grundwehrdiener und darüber, dass man sich als Soldat von Politik und Staat ausgenutzt fühle.





Der Sprecher des ÖKB (Österreichischer Kameradschaftsbund), Oberst a.D. Volker Zimmermann, forderte einmal mehr die Einhaltung bestehender gesetzlicher Regelungen und kritisierte, dass diese durch den Sparzwang nicht erfüllt werden.

IGBO-Obmann (Interessengemeinschaft der Berufs-offiziere) Oberst i.R. Siegfried Albel forderte, dass das Parlament nicht nur eine Sicherheitsstrategie beschließen dürfe, sondern auch die Finanzierung der Sicherheitspolitik sicherstellen muss.

Brigadier Peter Fender als Vertreter der VÖP (Vereinigung Österreichischer Peacekeeper) betonte, dass für Auslandseinsätze die Kenntnisse aus der Ausbildung im Inland die Grundlage seien und dass der Wehrwille die Grundlage für die Wehrfähigkeit einer Gesellschaft ist. Er forderte eine Neugestaltung der „Geistigen Landesverteidigung“.

Die Statements der Parlamentsparteien

Im Panel 2 kamen die Wehrsprecher der politischen Parteien in einem von der bekannten Journalistin und Autorin Karin Kneissl – sie beschäftigt sich seit Jahren



mit Fragen der Sicherheitspolitik – moderierten Gespräch zu Wort.

Abg.z.NR Otto Pendl (SPÖ) forderte den Erhalt des Alleinstellungsmerkmals des Bundesheers in der militärischen Landesverteidigung und bekannte sich als „glühender Anhänger der Miliz“, die eine wichtige Komponente für die Zukunft sei. Das Bundesheer sollte aus der Tagespolitik herausgehalten werden. Eine Absage erteilte er dem Aufbau von Parallelstrukturen zwischen Polizei und Militär.

Abg.z.NR Bernd Schönegger (ÖVP) war der Ansicht, dass das grundlegende Element für eine erfolgreiche Landesverteidigung motivierte Soldaten seien. 0,55 % des BIP für die Landesverteidigung seien ihm zu wenig. „Wir wünschen uns mehr“. Ein gemeinsames Sicherheitsministerium spiele in der ÖVP keine Rolle – es müsse zwei Ministerien mit klaren Trennlinien geben.

Abg.z.NR Mario Kunasek (FPÖ) freute sich darüber, dass der „Tag der Wehrpflicht“ gefeiert werden kann und nicht der Tag des Berufsheeres. Er beklagte, dass seit Jahrzehnten darüber gesprochen werde,



Otto Pendl, SPÖ



Christoph Vavrik, Neos



Mario Kunasek, FPÖ



Bernd Schönegger, ÖVP

welche wichtigen Aufgaben das Bundesheer zu erfüllen habe. Es wäre daher höchst an der Zeit, endlich einen politischen Schulterchluss zu finden und die notwendigen budgetären Mittel festzulegen.

Abg.z.NR Christoph Vavrik (NEOS) forderte eine signifikante Steigerung des Landesverteidigungsbudgets für eine Modernisierung des Heeres mit adäquater Ausrüstung sowie modernem Dienst- und Besoldungsrecht. Gleichzeitig betonte er die Forderung nach einer Europa-Armee sowie ein Freiwilligenheer anstatt der Wehrpflicht.

Der Vertreter des Team Stronach, Georg Vetter war krankheitsbedingt entschuldigt, Peter Pilz von den Grünen hatte die Einladung unbeantwortet gelassen.

„Unsere Interessen vertreten“

In seinem Schlussstatement erinnerte ÖOG-Präsident Erich Cibulka die Volksvertreter daran, dass in Österreich die Macht vom Volk ausgeht. „Wir leihen Ihnen als Staatsbürger also Ihre Macht, um unsere Interessen zu vertreten. Mit unseren Familien und Freunden sind wir wahrscheinlich eine Million Wähler – das steht für eine große Zahl an Mandaten! Wir hoffen daher, dass Sie unsere Anliegen ernst nehmen!“

Die „Plattform Wehrpflicht“ wurde im Vorfeld der Volksbefragung zum Thema Wehrpflicht konstituiert und besteht aus der Österreichischen Offiziersgesellschaft (ÖOG), der Österreichischen Unteroffiziersgesellschaft (ÖUOG), dem Österreichischen Kameradschaftsbund (ÖKB), der Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO) und der Vereinigung Österreichischer Peacekeeper (VÖP). Gemeinsam vertritt dieser Dachverband der wehrpolitischen Verbände fast 300.000 Mitglieder.



Recht und Realität

Gedanken zur Politikerdiskussion am Tag der Wehrpflicht.

Von Walter Tancsits, Mjr

Der 2. Tag der Wehrpflicht bot den Sicherheitssprechern der Parlamentsparteien die Möglichkeit auf die Forderungen und Kritiken der wehrpolitischen Verbände einzugehen. Wie meist bei Politikerrunden wurde aber an den geäußerten handfesten Anliegen vorbeigeredet und die jeweils eigene Sicht der Dinge allgemein bzw. „die Welt“ erklärt. Natürlich bestritt kein Teilnehmer die Notwendigkeit der militärischen Landesverteidigung (die Grünen waren nicht vertreten), aber die brennend aktuelle Kernfrage „wie sollen wir das bezahlen?“ wurde nicht beantwortet. Wie auch? Vermitteln doch die Wehr- bzw. Sicherheitssprecher der Regierungskoalition – Otto Pendl für die SPÖ und Bernd Schönegger für die Volkspartei – persönlich durchaus glaubwürdig den Eindruck mehr für das Bundesheer tun zu wollen. Dies verdeckt aber den Blick auf die desaströse Politik der Regierung im Sicherheitsbereich und beim Militär. Die beiden Sprecher legen dar, wie wichtig das Bundesheer ist, was man jetzt alles tun muss, dass wir die geistige Landesverteidigung neu starten müssen und natürlich, dass die Attraktivierung des Grundwehrdienstes stattfinden muss u.s.w. Jedenfalls wird den Anliegen des Publikums eigentlich gar nicht widersprochen. Widersprüchlich ist nur die gelebte Realität und daher kann man bei den durchaus vernünftigen Ansagen der beiden Abgeordneten gar nicht glauben, welche konkrete Sicherheits- und Wehrpolitik hinter den beiden „Sprechern“ steht.

Schließlich kritisieren die wehrpolitischen Verbände und die Initiatoren des Tages der Wehrpflicht nicht einzelne Sachentscheidungen, sondern das finanzielle Aushungern des Bundesheeres, die nicht und nicht funktionierende Aufstellung der Miliz, die auf Null sinkenden Investitionsmöglichkeiten. Zum Unterschied von früheren Veranstaltungen dieser Art verlangen die anwesenden „Lobbyisten des Bundeshee-

res“ (welche staatliche Institution hat so etwas sonst noch aufzuweisen) nicht (nur) mehr Geld, bessere Geräte, stärkere Waffen, sondern schicken die Botschaft an die Regierenden „haltet Euch an die Gesetze“ und „bleibt der Verfassung treu“! Und das kommt wohl nicht zufällig. Hat doch erst vor zwei Jahren eine Volksbefragung mit hoher Wahlbeteiligung und klarem Votum die legitime Verankerung der verfassungsrechtlichen Grundlagen dieses Wehrsystems in der Bevölkerung gezeigt. Das kann auch durch den Verweis auf die vielen aktuellen Interventionen zu Gunsten der Militärmusik nicht relativiert werden;



schließlich liegt ein eindeutiger Volksentscheid vor. Überlegungen, nicht alle tauglichen Wehrpflichtigen einzuziehen, sind daher eindeutig verfassungswidrig und verhöhnen geradezu das Volk (= „der Souverän“).

Politikfrustration nicht unterschätzen

Man sollte in diesem Zusammenhang die sich zur Systemverdrossenheit steigende Politikfrustration nicht unterschätzen. Da ist die aktuelle Bundesheer-/Finanzierungs-Diskussion nur Anlass und steht wohl für einige Komplexe, wo die „da Oben“ machen was sie wollen. Hier fällt es nur besonders auf, hat doch das Wahlvolk eindeutig anders entschieden. Die zuständigen Abgeordneten bekennen sich auch zum bestehenden System von Wehrpflicht und Miliz! Wenn trotzdem anders regiert wird, dann müssen vom gutwilligsten Beobachter Gesetzes- und Verfassungstreue angezweifelt werden.

Dieser Aspekt wird auch vom NEOS-Abgeordneten Vavrik angesprochen, der seine bisherigen Erfahrungen, dass das Parlament nur die Vorschläge der Regierung abnickt, schildert und dabei von der Moderatorin – die Montesquie in diesen Zusammenhang bemüht – durchaus unterstützt wird. Verbal wird dies von den Abgeordneten der Regierungsparteien bestritten. Doch ihre eigene Kritik am konkreten Zustand der Armee bestätigt eher den Verdacht, dass das Budgetrecht des Parlaments schon lange nur mehr ein formales ist.

Der FPÖ-Abgeordnete und Vorsitzende des Landesverteidigungsausschusses Mario Kunasek genießt in zweierlei Hinsicht „Heimvorteil“: Er ist Berufssoldat und musste als Oppositionspolitiker niemals dem Budget zustimmen. Dadurch kann er wesentlich mehr für die Anliegen des Bundesheeres einfordern. Sein Eintreten für die Belange des unter schwierigen Umständen Dienst tuenden und ausbildenden Kadets ist aber glaubwürdig und spürbar von eigenen Erfahrungen geprägt.

Politikerrunde hinterläßt schales Gefühl

Insgesamt hinterläßt die Politikerrunde beim Tag der Wehrpflicht ein schales Gefühl. Die Veranstaltung war so aufgebaut, dass die Vertreter der wehrpolitischen Verbände fundierte Kritik an der Entwicklung üben. Etwa daran, dass das Ergebnis der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013 zwar wortreich zur Kenntnis genommen wurde, aber zu wenigen bis gar keinen Konsequenzen führte. Konkrete Anliegen und Forderungen wurden formuliert und gestellt. Antworten wurden eigentlich nicht gegeben, obwohl die aufgezeigten Fehlentwicklungen auch nicht bestritten werden. Vielmehr sollten die Fehler in der Vergangenheit angesiedelt werden und wenn es einmal aktueller wird, doch nach Möglichkeit beim Koalitionspartner. Unbefriedigend ist sicher, dass der Vorwurf den Willen des (befragten) Volkes nicht zu vollziehen unbeantwortet bleibt. Genauso wie sich die Abgeordneten auch nicht daran stoßen, dass offensichtlich am Willen des Gesetzgebers vorbei regiert wird. Dies kann an einigen Beispielen rund um den Tag der Wehrpflicht erläutert werden:

Allgemeine Wehrpflicht: Trotz eindrucksvoller Bestätigung des bestehenden Wehrpflichtsystems entsteht da und dort der Eindruck, man will sich an der

Rechtslage vorbeischieben. Permanente Unterdotierung führt dazu, dass die versprochene attraktivere Gestaltung des Grundwehrdienstes nicht stattfindet. Schon wird überlegt, nicht alle als tauglich Gemusterten zum GWD einzuberufen. Darauf folgt dann eine Debatte über die Wehrgerechtigkeit, dann die Aussetzung.

Miliz: Die Verfassung versteht das Bundesheer als Milizarmee – und nicht die Miliz als zusätzliche Waffengattung für Reservisten! Mit der Aussetzung der Übungen wurde die Miliz in Richtung „Papierarmee“ gedrängt. Die Hauptpersonen, die aufzubietenden Gewehrträger gibt es eben nur „am Papier“, sie werden nie zu militärischen Verbänden formiert und können gar nicht im Verband üben. Dem Vernehmen nach ist auch die Ausrüstung für ein gleichzeitiges Agieren der strukturierten Milizverbände gar nicht vorhanden. Wenn wundert es da, dass die wenigen vorhandenen Mittel in real bestehende Teile des Heeres fließen bzw. zur Bezahlung der vorhandenen Soldaten mit definitiven Dienstverhältnissen erhalten müssen. Und das obwohl die 55.000 Soldaten Mobilmachungsstärke halbwegs kostengünstig nur mit Hilfe der Miliz erreichbar sind. Diese Zielgröße steht in einem Ministerratsbeschluss. Man sieht, die Politik nimmt ihre eigenen Beschlüsse nicht ernst. Der Verdacht liegt nahe, dass den herrschenden Eliten eine von engagierten Bürgern getragene bewaffnete Macht eher unheimlich ist. Da schaut man lieber, dass keine Mittel da sind und kann dann den Berufsmilitärs auch noch vorwerfen lassen, sie würden keine Miliz zu Stande bringen. Solche Vorwürfe schüren dann Streit innerhalb des Offizierskorps – und wieder ist das ungeliebte Bundesheer ein wenig schwächer!

Zum sich langsam, aber stetig ausweitenden Überwachungs- und Kontrollstaat passt es dann schon besser, die Polizei zu militarisieren und mit (beim Bundesheer gerade verschrotteten und nicht erneuerten) gepanzerten Fahrzeugen und bewaffneten Hubschraubern auszustatten. Und diese nutzlose Debatte wird geführt, obwohl über Jahrzehnte funktionierende Regelungen für die Assistenz vorhanden und erprobt sind. Diese Regeln könnten durchaus Vorbildcharakter für die ganze Verwaltungsreform haben, zeigen sie doch, wie man Doppelstrukturen vermeidet und Synergien schafft. Fast bekommt man den Eindruck, dass gar nicht so wenig Geld da ist. Aber wenn es der



Schwächung des Bundesheeres dient, dann darf es auch Mal etwas kosten!

Neue Auffassung von Gesetzeskonformität

Der Eindruck verstärkt sich noch beim leidigen Thema Milizübungen. Diese wären, wie ausgeführt, für die Formierung der Einheiten und Verbände erforderlich und sind für die Gewinnung von Milizkader unabdingbar. Daher ist im Wehrgesetz (§21, Abs. 3) auch die Möglichkeit der Verpflichtung von bis zu zwölf Prozent der Grundwehrdiener eines Kalenderjahres für zusätzliche dreißig Übungstage vorgesehen. Diese Gesetzesbestimmung wird, obwohl dringend notwendig, einfach nicht angewandt! Da denkt man lieber an die Auszahlung von Prämien für Soldaten, die sich zu solchen Übungen verpflichten. Wenn diese Ideen von Kommandanten kommen, die sonst keine Miliz kriegen, kann man es ja verstehen. Aber nicht, wenn solche Ideen von Abgeordneten kommen, die angeblich ohnehin knappes Geld an Stelle einer korrekten Normanwendung verbraten wollen! Wenn sich eine solche Vorgangsweise durchsetzt, werden wir vielleicht bald fürs Fahren mit vorgeschriebenen Tempolimits oder für das korrekte Steuerzahlen Prämien bekommen? Das wäre auch eine Möglichkeit kampfeswillige Jihadisten von ihrem Vorhaben abzu-

bringen: Nicht die Ausbürgerung folgt auf den Dienst unter fremden Waffen, sondern eine Prämie wird für das Dableiben bezahlt.

Die Beispiele dieser „neuen Auffassung von Gesetzeskonformität“ würden sich noch fortsetzen lassen. Darum geht es hier aber nicht. Aufgezeigt werden soll, dass der scheinbar bequeme Weg der Gesetzesbeugung („Einberufungen sind politisch nicht durchsetzbar“) zwangsläufig zur Auflösung staatlicher Strukturen führen muss.

Eine Bemerkung sei noch zur Politikerdiskussion am Tag der Wehrpflicht getan: Obwohl von den Protagonisten der „Plattform Wehrpflicht“ mehrfach thematisiert, ging niemand auf die internationale Lage ein. Meine Vermutung: Vielleicht wäre sonst zur Sprache gekommen, dass die NATO ihren Mitgliedern aufgrund der anhaltenden Konfrontation mit Russland eine Erhöhung der Wehrbudgets auf zwei Prozent vom BIP dringend empfiehlt.

Aber Österreich ist ja glücklicherweise immerwährend neutral (auch ein Verfassungsgesetz) und von der Konfrontation daher gar nicht berührt. Oder habe ich vom Mitmachen bei den Sanktionen nur geträumt?

Bedeutung der Landesverteidigung politisch klar kommunizieren

Der Chef des Generalstabes des Österreichischen Bundesheeres, General Othmar Commenda, über verteidigungspolitische Zielsetzungen, den „Mehrwert“ für die Miliz und Kooperationen mit europäischen Partnerstaaten.

Herr General, der AUFTRAG, die Vierteljahresschrift der OG WIEN hat im Vorjahr mit „Wie geht es weiter?“ und „Rüstet Österreich ab“ aufgemacht. Wie geht es aus Ihrer Sicht nach dem Budgetschock weiter? Ist eine sinnvolle Aufgabenerfüllung des Bundesheeres mit den vorhandenen Mitteln noch möglich?



der Bevölkerung, die Leistung eines militärischen Solidarbeitrages zum sicherheitspolitischen Handeln der EU, die Förderung von Frieden, Humanität und internationaler Sicherheit, und die Beitragsleistung zum gesamtstaatlichen Sicherheitsmanagement im Rahmen der Umfassenden Sicherheitsvorsorge erfüllen.

Beim „Tag der Wehrpflicht“ waren Sie mit den Spitzen des Bundesheeres dabei. Wir kennen sonst keine staatliche Institution, die eine solche Lobby in der Zivilgesellschaft hat wie das Bundesheer. Trotzdem haben wir manches Mal den Eindruck, dass hier Spannungen bestehen und dass „Unterstützer“ und Berufsmilitärs andere Wege gehen. Wie ist hier Ihre Meinung?

Zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft unseres Bundesheeres werden maßgebliche und vor allem einsatzrelevante Beschaffungen durch ein Sonderinvestitionsprogramm der Bundesregierung von insgesamt 616 Mio. Euro sichergestellt. Davon werden 350 Mio. Euro im Bundesfinanzrahmen 2016 bis 2019 zusätzlich abgebildet. Diese Mittel werden für notwendige Investitionen bei den Luftstreitkräften, zur Verbesserung der Mobilität und des Schutzes der Truppe, zur Umsetzung der Wehrdienstreform sowie zur Stärkung der Miliz eingesetzt. Dadurch lassen sich die in der Teilstrategie Verteidigungspolitik grundlegenden fünf verteidigungspolitischen Zielsetzungen, nämlich die Gewährleistung der staatlichen Souveränität und Integrität, die Beitragsleistung zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen sowie der kritischen Infrastruktur und

Ich verwehre mich entschieden dagegen, Berufssoldaten in einem Eck abzukanzeln und ihnen einen Alleingang zu unterstellen. Es gibt einen klaren politischen Auftrag, den wir mit unseren verfügbaren Mitteln versuchen bestmöglich umzusetzen. Die gestellten Aufgaben werden wir aber nur dann erfolgreich lösen, wenn all jene, denen unser Bundesheer wirklich am Herzen liegt, auch bereit sind diesen Weg gemeinsam und geschlossen zu beschreiten.

Ein solches Spannungsfeld ist immer wieder die Bedeutung der Miliz. Jetzt hören wir allenthalben von einer geplanten Stärkung der Miliz. Um welche Maßnahmen / Vorhaben geht es dabei konkret?

Die Miliz wurde beim Sonderinvest deutlich berücksichtigt, indem bis 2018 29 Mio. Euro für Ausrüstung investiert werden und ab 2020 weitere 48 Mio. – Dies ist in Zeiten der Einsparungen ein klares Zeichen für die Bedeutung der Miliz.

Eine weitere Stärkung erfolgt durch die Neuaufstellung von zwölf Jägerkompanien der selbstständig strukturierten Miliz budgetabhängig bis 2018. Weitere Neuaufstellungen sind in Folge bis 2026 geplant.

Die mobilmachungsverantwortliche Anbindung der JgB und PiKp wird von den Militärkommanden an die Verbände der Brigaden übertragen. Damit ergibt sich eine organisatorische Verbesserung in personeller und

Um Freiwillige für Milizübungen zu bekommen und auch um ein Miliz-ÜO-Kader aufzubauen, werden verschiedene Prämiensysteme vorgeschlagen. Freiwilligkeit für das Heer und berufliches Engagement im Wirtschaftsbereich scheinen uns nicht vereinbar, um die Besten für militärische Beordnungen zu bekommen. Was meinen Sie dazu?

Es gibt zur Zeit tatsächlich Überlegungen zu den Prämiensystemen. Letztendlich wird die Entscheidung aber einmal mehr, abhängig vom verfügbaren Budget getroffen werden müssen. Und was die Vereinbarkeit von zivilem Beruf und militärischem Engagement betrifft, so müssen wir zukünftig den „Mehrwert“ eines Milizsoldaten für den Arbeitgeber plausibler



materieller Hinsicht. Es wird damit dem Führungsgrundsatz „Einheit der Führung“, konkret: „alles in einer Hand“, konsequenter Rechnung getragen.

Die regionale Zuordnung der Milizverbände an Schutzobjekte in den jeweiligen Bundesländern zum „Schutz kritischer Infrastruktur“ unterstreicht die zukünftige Hauptaufgabenstellung für die Miliz.

Die zukünftige Bedeutung der Miliz zeigt sich somit durch: Deutliche Berücksichtigung beim Sonderinvest – der zweckgebunden zu verwenden ist, ihre neue militärische Heimat bei den Verbänden der Brigaden und durch die klare Aufgabenstellung „Schutz kritischer Infrastruktur“.

darstellen. Die Einführung der „Kompetenzbilanz“ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Damit erhält der Milizsoldat einen schriftlichen Nachweis seiner erworbenen Fähigkeiten. Dies soll beim Arbeitgeber das Verständnis für die militärische Tätigkeit fördern. Letztlich ist aber gefordert, dass die Bedeutung der Landesverteidigung vor allem politisch klar kommuniziert wird, denn ohne äußere Sicherheit gibt es auch keine wirtschaftliche Sicherheit.

Die „Freiwilligkeit für das Heer“ ist inhaltlich nicht weniger Wert als die Freiwilligkeit im zivilen Bereich. Jede Freiwilligkeit hat ihren besonderen gesellschaftlichen Wert und die Erfahrungen zeigen, dass viele der „besten Köpfe“ aus dem zivilen Bereich auch in unserem Heer ihren Platz finden.



Halten Sie eine Anwendung des §21, Abs 3 Wehrgesetz, also die Verpflichtung zu Milizübungen für notwendig und, wenn Ja, auch für machbar?

Die Anwendung dieses Paragraphen ist derzeit politisch nicht durchsetzbar, da dies wiederum Diskussionen um die Wehrungerechtigkeit auslösen würde. Die „ex-lege-Verpflichtung zu Milizübungen“ wird aktuell ja angewendet, jedoch nur für ehemalige Längerdienende.

Wir rechnen auch mit einer deutlichen Steigerung der Freiwilligen zu Milizübungen, wenn die geplanten Optimierungsmaßnahmen greifen.

Parallel zur großen Abmagerung des Bundesheeres wurde die Aufrüstung der Polizei mit Militärgerät diskutiert. Gibt es hier vernünftige Kooperationsmöglichkeiten? Wie ist der Stand der diesbezüglichen Planungen?

Wir haben bereits seit Jahren bestehende Kooperationen mit der Polizei, wie z.B. im Bereich der Ausbildung, Hubschrauberbenützung und Verwendung militärischer Güter. Das Regierungsprogramm sieht auch Kooperationen im Bereich Cyber vor. Was die aktuellen Kooperationsüberlegungen zur Terrorbekämpfung betrifft, so stehen wir am Beginn konstruktiver Gespräche.

Eine greifbare gemeinsame EU-Verteidigung zeichnet sich für die Zukunft nicht ab. Gibt es trotzdem Kooperationsmöglichkeiten mit anderen EU-Ländern auch unter Berücksichtigung der Wahrung unserer Neutralität?

Die neue österreichische Sicherheitsstrategie, die auf breiter Basis im Parlament verabschiedet wurde, formuliert den Auftrag an das österreichische Bundesheer, eine optionale Beteiligung für eine allfällige EU-Verteidigung unter Berücksichtigung der Irischen Klausel sicherzustellen. In absehbarer Zeit sind keine Aktivitäten einer EU-Verteidigung zu erwarten.

Aufgaben des Krisenmanagements bleiben im Schwerpunkt des sicherheitspolitischen Handelns der Eu-

ropäischen Union. Kooperationen zu diesem Zweck, nämlich im Bereich des Krisenmanagements, gewinnen daher an Bedeutung.

Arbeits- und Lastenteilung im militärischen Bereich ermöglichen es, dass nicht jeder Staat alle Fähigkeiten auf höchstem Niveau vorhalten muss.

Jede Freiwilligkeit hat ihren besonderen gesellschaftlichen Wert und die Erfahrungen zeigen, dass viele der „besten Köpfe“ aus dem zivilen Bereich auch in unserem Heer ihren Platz finden.

Für das Österreichische Bundesheer ist es wichtig, entsprechend den Vorgaben der Teilstrategie Verteidigungspolitik, im Spektrum von militärischem Kompetenzerhalt über Einsatzvorbereitung und Einsatz, Ausbildung, Rüstung sowie der grenzüberschreitenden Luftraumüberwachung zu kooperieren.

Zu diesem Zweck werde ich bis Ende des Jahres ein Kooperationsportfolio mit gleichgesinnten europäischen Partnerstaaten entwickeln. Dabei gibt es solange keine neutralitätsrechtlichen Einschränkungen als wir keine Fähigkeiten, die für die Aufgaben der militäri-

schen Landesverteidigung benötigt werden, zur Gänze auslagern. Das wurde auch unter Einbindung des Verfassungsdienstes rechtlich geprüft.

Herr General, immer wieder werden wir mit der Befürchtung konfrontiert, dass aufgrund des Sparkurses gar nicht mehr alle tauglich Gemusterten zum GWD einberufen werden können. Stimmt das? Gibt es solche Überlegungen? Und wäre eine solche Vorgangsweise mit der in der Verfassung verankerten Allgemeinen Wehrpflicht vereinbar?

Zwischen den Budgetkürzungen und den Einberufungen besteht keinerlei Zusammenhang. Es werden grundsätzlich alle tauglich gemusterten GWD einberufen. Teilweise kann es vorkommen, dass tauglich gemusterte GWD von Amtes wegen aufgeschoben werden und nicht im gleichen Jahr einberufen werden. Ausnahmen bilden lediglich nur tauglich gemusterte GWD die gemäß WG um Befreiung oder Aufschub ansuchen und diesem Ansuchen nach Prüfung Recht gegeben wird.

Das Gespräch mit Gen Othmar Commenda führten Obst Rudolf Raubik und Mjr Walter Tancsits



Anwalt der Soldatinnen und Soldaten

Die Parlamentarische Bundesheer-Kommission hat für die kommenden sechs Jahre ein neues Präsidium.

Die drei Vorsitzenden müssen nunmehr aus den Reihen der Abgeordneten kommen. Die Kommission soll dafür sorgen, dass berechtigte Anliegen und Beschwerden von Soldatinnen und Soldaten ernst genommen werden. Dem Präsidium gehören Otto Pendl (SPÖ) als amtsführender Vorsitzender, Michael Hammer (ÖVP) und Reinhard Bösch von der FPÖ an.

UNSER AUFTRAG bat die Präsidiumsmitglieder um ein kurzes Statement über ihre verantwortungsvolle Arbeit.*

Abg. z. NR Otto Pendl (SPÖ)

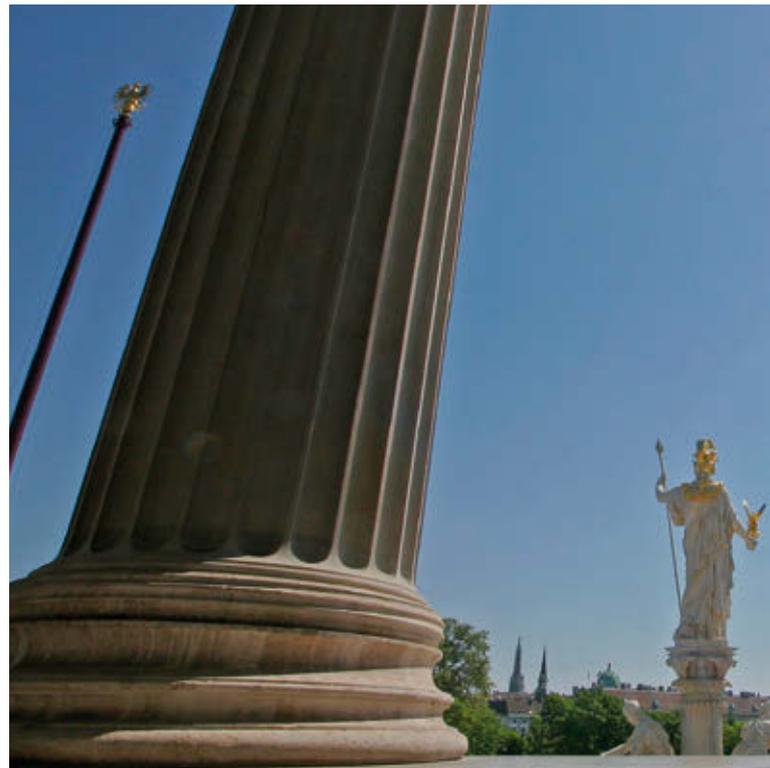
Kontrollierende und beratende Funktion



Als amtsführender Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission stehe ich für Fairness und Gerechtigkeit und für ein eigenständiges Bundesheer. Ich sehe uns nicht nur als Anwalt der Soldatinnen und Soldaten: Die PBHK ist ein Kontrollorgan des Nationalrats. Wir haben damit nicht nur eine kontrollierende sondern auch eine beratende Funktion: Sowohl für das Bundesheer als auch für die Abgeordneten, aber allen voran für den Bundesminister für Landesverteidigung und seinem Generalstab.

Direkt vor Ort tätig zu werden ist eine der effizientesten Mittel der Kommission. Ich werde nicht scheuen diese Möglichkeit, wann immer sie notwendig ist, zum Einsatz zu bringen. Immer unter der Maxime von Objektivität und Fingerspitzengefühl. Es gilt das Bundesheer sinnvoll weiterzuentwickeln und demokratisch zu erhalten. Dafür bedarf es der notwendigen Rahmenbedingungen, aber auch des notwendigen Personals: Sowohl männlich wie weiblich, demokratisch gefestigt und einem menschenwürdigen Miteinander.

Die PBHK ist seit Jahren mit großem Engagement auch international tätig, Unsere gemeinsame Initiative mit Deutschland hat zum „Wiener Memorandum zum Schutz der Menschenrechte von Soldaten und Soldatinnen im Frieden und im Einsatz“ geführt. Es ist mir daher ein weiteres Anliegen, dass die Kommission ihre internationale Vorbildrolle bei der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte auch in Zukunft erfüllen kann und wird.



Abg. z. NR Mag. Michael Hammer (ÖVP)
**Modernen Grundwehrdienst
sicherstellen**

Die Übernahme dieser Funktion ist mir eine große Ehre und ich werde in den nächsten 6 Jahren bestmöglich versuchen diese verantwortungsvolle Position auszufüllen und mich für die Interessen aller Soldaten und des österreichischen Bundesheers einsetzen.

Zum einen ist es mir ein großes persönliches Anliegen die Position der parlamentarischen Bundesheerkommission zu stärken und ihr ein modernes Image als Anlaufstelle für die Soldaten geben. Daher ist mir wichtig, dass die Berichte der parlamentarischen Bundesheerkommission auch im Parlament und im Landesverteidigungsausschuss auch entsprechend beraten werden.

Wichtig ist mir auch die Kommission auch weiterhin als zentrale Ansprechstelle außerhalb der militärischen Struktur zu etablieren und die verschiedensten Beschwerdefälle auch kompetent und umfassend zu prüfen.



fen. Hier werden wir aber auch sehr genau trachten wie mit den Empfehlungen umgegangen wird und wie auch entsprechende Schritte umgesetzt werden.

Ich werde mich innerhalb der Kommission auch ganz wesentlich mit der Rolle und Situation der Grundwehrdiener befassen. Hier geht es um die Ausrichtung des Grundwehrdienstes genauso wie um die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur. Es muss unser aller Ziel sein einen modernen, sinnvollen und hochwertigen Grundwehrdienst sicherzustellen. Die Entscheidung der Bevölkerung zur Beibehaltung und gleichzeitig Attraktivierung des Grundwehrdienstes muss entsprechend umgesetzt werden. Wir werden daher im Rahmen der Prüftätigkeit der Kommission hier auch einen entsprechenden Schwerpunkt legen.

Das Österreichische Bundesheer leistet auch hervorragende Arbeit bei den diversen Missionen im Ausland. Auch hier ist es uns ein Anliegen die entsprechenden Kontingente im Ausland zu besuchen und einen Überblick über deren Situation zu gewinnen.

Mir persönlich ist auch die Vernetzung ein wichtiges Anliegen, sowohl national als auch international, mit den militärischen Ombudsstellen. Unser gemeinsames Ziel dabei ist es, das Bundesheer und seine Soldaten zu stärken, die Kommission soll dort wo sie es kann dazu einen Beitrag leisten.

** Abg. Dr. Reinhard Bösch war für eine Stellungnahme leider nicht erreichbar.*



Wussten Sie, dass ...

Zusammengestellt von Dkfm. Peter C. Birkmayer, Obst



... das Justizministerium der **USA** laut „Wall Street Journal“ **Spezialflugzeuge** in den Himmel schickt, die mit Hilfe spezieller Sender Mobilfunkzellen simulieren. Auf diese Weise können die genauen Aufenthaltsorte einer Unzahl von Handy-Nutzern ermittelt werden und aus den erfassten Mobiltelefonen ganze Datensätze abgelesen werden, ohne dass der Nutzer davon etwas mitbekommt.



... hinter dem unauffälligen Namen „**Büro 121**“ sich in **Nordkorea** der vermutlich größte Computer-Hackerring des Landes versteckt. Etwa 1800 Cyber-Spezialisten sollen Angriffe gegen den südlichen Nachbarn und die USA vorbereiten bzw. durchführen. Die Attacke auf die Sony-Filmstudios in Hollywood wegen der Filmkomödie über den nordkoreanischen Diktator sollen ein Werk des Büro 121 gewesen sein.



... die stark anwachsende Zahl eingesetzter **Drohnen** die US-Flugbehörde FAA veranlasst, die Entwicklung eines eigenen **Regelwerkes** für den Umgang mit den

Flugrobotern zu entwickeln. Man spricht von einem zunehmenden Sicherheitsrisiko, wenn die empfohlenen Sicherheitsabstände zu Menschenansammlungen – wie z.B. Sportveranstaltungen – nicht eingehalten werden. In Europa kündigen die Italiener an, mit der US-Drohne „Predator“ die Fan-Bereiche bei Fußballspielen oder Demonstrationsansammlungen zu überwachen.

... **China** eine militärische **Spezialeinheit** für den Südsudan auf eine UNO-Friedensmission



schickt. Grund dafür dürften die stattlichen Milliardenbeträge an Investitionen von chinesischen Unternehmen und die Ölexporte des Sudan nach China sein. Denn nach Ausbruch der Kämpfe ist die südsudanesische Ölproduktion um ein Drittel zurückgegangen.

... der russische Erdöl-Monopolist „**Gazprom**“ bekannt gab, künftig kein Erdgas mehr durch die Ukraine zu



transportieren. Die EU wird über die North Stream-Pipeline und alternativ über die Türkei versorgt. Weil die EU die South Stream-Pipeline blockiert habe, sei es nunmehr ihre eigene Aufgabe, das Erdgas innerhalb Europas und der EU weiter zu verteilen. Übergeben wird das Erdgas in Greifswald (BRD) und der Türkei. Vorausgegangen sind offenbar Erpressungsversuche aus Kiew, die der Gazprom-Konzern „nicht mehr hinnehmen möchte“.



... die EU sich kaum noch imstande sieht, die **TTIP-Verhandlungen**

mit den USA – wie von diesen gewünscht – noch vor Ende 2016 abschließen zu können.

Daran sind aber nicht die 97 % Ablehnung der europäischen Bevölkerung Schuld, sondern das zunehmende Bewusstsein über unvorteilhafte und einseitige Klauseln in diesem Vertragswesen. In Frankreich wird sogar darüber nachgedacht, ob statt einer „Quasi-Unterwerfung“ gegenüber Washington über TTIP nicht eine Bindung an die eurasische Union sinnvoller wäre.

Bestattung FURTNER: Menschliche Betreuung und Begleitung im Trauerfall

Wir lassen Sie nicht alleine...

DER TRAUERFALL - EINE AUSNAHMESITUATION
Wenn ein Angehöriger verstirbt, ist plötzlich nichts mehr wie es vorher war.

Unabhängig davon, ob der Tod erwartet oder unerwartet eingetreten ist, kommen zu Schmerz und Trauer plötzlich Entscheidungen und Veranlassungen hinzu, die keinen Aufschub zulassen - obwohl man sich in der Regel außer Stande sieht, sich zu diesem Zeitpunkt mit derartigen Dingen zu beschäftigen.

Dokumente, Meldungen, Termine und andere administrative Notwendigkeiten bilden einen extremen Gegensatz zu dem verständlichen Bedürfnis, möglichst gut und in Ruhe mit der neuen Situation fertig zu werden.

Als privater Bestatter mit Gespür für die Bedürfnisse von trauernden Menschen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, Betroffenen in dieser Extremsituation mit möglichst



Vater und Tochter: 2 Generationen
1 Familienunternehmen



großer und einfühlsamer Unterstützung zur Seite zu stehen und so viel wie möglich abzunehmen.

Wir begleiten als Familienunternehmen trauernde Angehörige in Ihrer neuen Situation, beraten professionell, berücksichtigen individuelle Wünsche und übernehmen im Hintergrund die Vielzahl an administrativen Schritten. Wir sind für Sie da, wenn Sie uns brauchen. **Rund um die Uhr und aus ganzem Herzen.**

VORSORGE

Ein Todesfall ist für Angehörige nicht nur eine seelische Belastung, sondern auch ein finanzieller Aufwand und eine Zeit vieler Entscheidungen.

Wir unterstützen Menschen dabei, zu Lebzeiten für das eigene Ableben vorzusorgen und dadurch den eigenen Angehörigen, Entscheidungen und Erledigungen zu erleichtern.

Bestattung
FURTNER

Menschlich betreut • Würdevoll begleitet

1210 Wien, Brünner Straße 9
Tel. 01 / 255 99 19, Fax: 01 / 255 99 19 / 100
office@bestattungsunternehmen.co.at
www.bestattungsunternehmen.co.at

Neujahrsempfang 2015

Der traditionelle Neujahrsempfang der Offiziersgesellschaft Wien lockte am 15. Jänner 2015 wieder zahllose Besucherinnen und Besucher in das Heeresgeschichtliche Museum.

Fast ebenso traditionell wie die Veranstaltung selbst ist seit langer Zeit auch die große Anzahl an ausländischen Gästen und Delegationen. Auch in diesem Jahr war wieder eine große Vielfalt an unterschiedlichen Uniformen zu bewundern und so waren unter anderem Amerikaner, Russen, Briten, Deutsche, Dänen und Schweizer vor Ort.



Die Veranstaltung wurde in bewährter Weise von der Gardemusik eingeleitet und im Anschluss vom Präsidenten der OG Wien, Oberst Mag. Rudolf Raubik, eröffnet. Höhepunkt des Abends war die Rede des Präsidenten der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Oberst Mag. Erich Cibulka, zur aktuellen Situation des Österreichischen Bundesheeres.

Neben dem Dauerbrenner Budgetkürzungen, die trotz geplanter Sonderfinanzierung weiterhin wie ein Damoklesschwert über den Bundesheer schweben, lag das besondere Augenmerk auf dem kurz davor beschlossenen Sonderfinanzierungspaket für das Bundesministerium für Inneres und die österreichische Polizei.

Der Präsident bezeichnete es als durchaus verwunderlich, dass sich die Verhandlungen für ein Sonder-

budget des Bundesheeres über Monate ohne Ausblick auf einen baldigen Abschluss hinziehen, und die Polizei innerhalb weniger Tage ein Sonderbudget in der Höhe von rund 290 Millionen Euro erhält. In diesem Zusammenhang betonte Oberst Cibulka auch die Folgen, wenn das Innenministerium die Anschaffung von schweren Gerätschaften wie Panzer und Hubschrauber plant. „Hier finde eine Aufrüstung der Exekutive hin zu einer paramilitärischen Einheit statt, obwohl das Bundesheer über die entsprechenden Mittel und Ausbildung verfügt, um die Polizei in Rahmen einer sicherheitspolizeilichen Assistenz unterstützen zu können.“ Er betonte in diesem Zusammenhang aber, dass durch die steigende Terrorgefahr in Europa Investitionen in den Sicherheitsapparat – also auch das Bundesheer – selbstverständlich Sinn machen. Die ÖOG begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, eine Sicherheitsoffensive zu starten, wobei hier das Zusammenspiel von Polizei und Bundesheer forciert werden müsse.

Dabei gilt das Bundesheer als strategische Reserve des Staates bei gesamtstaatlichen – also auch terroristischen – Bedrohungen zum Schutz der Bevölkerung, der verfassungsmäßigen Einrichtungen und der kritischen Infrastruktur. Es verfügt über die notwendige Personalstärke sowie gepanzerte Fahrzeuge und Hubschrauber, die dafür erforderlich sind.

Unter tosendem Applaus wurde damit der offizielle Teil des Abends abgeschlossen und Oberst Raubik erklärte das reichhaltige Buffet für eröffnet. Bis 2100 Uhr nutzten die Festgäste die Gelegenheit zum regen Gedankenaustausch im Heeresgeschichtlichen Museum. Beim folgenden traditionellen Ausklang in den Räumlichkeiten der Offiziersgesellschaft im alten Militärkasino am Schwarzenbergplatz wurden mit den in- und ausländischen Gästen und Kameraden bis in die frühen Morgenstunden alte Erinnerungen wieder aufgefrischt und neue Kontakte geknüpft und sich so auf den am folgenden Tag stattgefundenen Offiziersball in der Wiener Hofburg eingestimmt.

Stefan Haubner, Lt



Verteidiger von Wien

Fundraising-Aktion zur Restaurierung des Grabdenkmals Ernst Rüdiger Graf Starhembergs in der Schottenkirche in Wien.

Heinrich Ernst Rüdiger Graf Starhemberg (* 11. Jänner 1638 in Graz, † 4. Juni 1701 in Vösendorf bei Wien) war ein Mann, dessen Name immer mit der Verteidigung Wiens 1683 in Verbindung stehen wird. Nach frühen Erfahrungen im Feldzug gegen ein osmanisches Heer und im Krieg gegen Frankreich wurde ihm 1680 das Kommando über die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien übertragen. Während der 61 Tage dauernden Belagerung im Jahr 1683 durch ein osmanisches Heer unter Großwesir Kara Mustapha verteidigte Starhemberg Wien besonders umsichtig, bis das Entsatzheer unter dem Kommando des polnischen Königs Jan Sobieski eintraf und die Osmanen besiegt werden konnten. Für das Verdienst, Wien und das westliche Europa für das Christentum erhalten zu haben, wurde er reich belohnt, zum Präsident des Hofkriegsrates ernannt und durfte den Stephansdom in seinem Wappen führen. Auf eigenen Wunsch wurde Graf Starhemberg im Jahr 1701 in der Krypta der Schottenkirche beigesetzt, sein Grabdenkmal in der Schottenbasilika stammt von Bildhauern aus dem Umfeld Joseph Emanuel Fischer von Erlachs und ist von substanzieller, kunsthistorischer Bedeutung. Leider weist es noch immer erhebliche Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg auf und soll nun mit Genehmigung des Bundesdenkmalamt (Landeskonservatorat Wien) unter fachmännischer Leitung Hofrat Dr. Georg Kuglers und P. Dr. Augustinus Zemans OSB, des Stiftskonservators, restauriert werden.

Gedächtnismarsch am 19. September

Die Kosten sollen durch eine großangelegte Spendenaktion aufgebracht werden, deren Höhepunkt der Graf Starhemberg Gedächtnismarsch sein wird, der am 19. September 2015 stattfinden soll. Eine Gruppe junger und jung gebliebener Offiziere werden Ernst Rüdiger Graf Starhembergs im Rahmen eines 35 Ki-

lometer langen Marsches gedenken, zumal dieser seine Karriere als Oberst der Infanterie begann. Die Teilnehmer (aber nicht nur sie) sind gefordert, Sponsoren zu gewinnen, die jeden Marschkilometer mit einer Spende von 10 Euro zu unterstützen bereit sind. Selbstverständlich sind auch Sponsoren hoch willkommen, welche die Restaurierung unabhängig vom Gedächtnismarsch unterstützen wollen. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar, wenn sie auf das Konto des Bundesdenkmalamtes BAWAG-PSK, IBAN: AT07 0100 0000 0503 1050, BIC: BUN-DATWW mit dem Zusatz „Bundesdenkmalamt-Spende, vorgeschlagen für Starhemberg-Grab Schottenkirche“ überwiesen wird.

*MjrdIntD Dr. Udo Birkner, udo.birkner@erstebank.at
Hptm Mag. Albert Stöger, stoeger@ogwien.at*



Buchtipps

Der Zauber der Montur

Katalog des k.u.k. Armees-Ausstatters Max Schall in Wien, 1914/15



Die Neuauflage des gleichermaßen umfangreichen wie auch reich illustrierten militärischen Warenhauskataloges der Wiener Firma Max Schall, Ausgabe 1914/15, lässt das Herz eines jeden am k.u.k. Militär Interessierten höher schlagen.

Der Katalog bietet auf über 370 Seiten Einblicke in die gegenständliche Alltagswelt eines Offiziers oder Unteroffiziers der k.u.k. Armee in allen Garnisonen Österreich-Ungarns mit seinen über 52 Millionen Einwohnern.

Eine Einleitung von Dr. Erhard Koppensteiner, die sich mit der Erzeugung und dem Handel von Uniformen und militärischer Ausrüstung durch private Ausstatter in Wien befasst, ist dem Katalog vorangestellt. So genau das dienstliche wie private Erscheinungsbild des einst hochgeachteten Militärstandes zum Beispiel durch Adjustierungs-„Vorschriften“ innerhalb einer riesigen und bunten Vielfalt geregelt war, so variantenreich war der tolerierte oder auch durch die verschiedenen Erzeuger der Produkte entstandene Freiraum für individuelle Bedürfnisse und Vorlieben sowie Qualitäten und Preisklassen, Standesgewohnheiten und auch zeitlich wandelnde Moden.

Mit der Neuherausgabe dieses Warenhauskataloges entsteht mit seiner sowohl militärischen als auch zivilen Angebotspalette, die sich auch in den detailreichen Schwarz-Weiß-Abbildungen zeigt, nicht nur ein beinahe enzyklopädisches Nachschlage- und Vergleichswerk für Sammler und Interessierte, sondern stellt auch eine willkommene Ergänzung zu jeder militärischen Adjustierungsvorschrift dar. Dadurch können vielfach Lücken bisherigen Wissens durch Nachvollzug der vielen – akzeptiert gewesenen – Varianten geschlossen werden.

Verlag Militaria Wien, Kommentierte Neuauflage Schwarz-Weiß-Bildband, 376 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, Preis 49,90 EUR, ISBN 978-3-902526-69-4

Infos & Bestellung: www.militaria.at

Karin Kneissl

Mein Naher Osten

Amman, Beirut, Jerusalem. Die österreichische Publizistin, Lehrbeauftragte und Energieanalytikerin Karin Kneissl hat ihr halbes Leben im und mit dem Nahen Osten verbracht. Zwischen dem Wunsch zu verstehen und zu helfen; zwischen Todesangst, Frustration und dem Fatalismus einerseits und der tiefen Liebe zu einer Region und den Menschen andererseits. Sie studierte in Jerusalem, organisierte Menschenrechtsdebatten in Beirut, führte Interviews im Irak und erlebte den Arabischen Frühling am Tahrir-Platz mit.

Als Journalistin, Diplomatin und Lehrende erlebte sie nahöstliche Königspaläste und österreichische Ministerien, deutsche Redaktionen und amerikanische Universitäten, nationale Botschaften und globale Energiekonzerne, backstage und ungeschminkt. Diese skurrilen, absurden, traumatischen und berührenden Erfahrungen teilt sie nun in diesem Band. Und wir kommen mit ihr zur Überzeugung, dass die Welt Menschen mit Rückgrat braucht, die nach ihrer eigenen Überzeugung handeln und sich nicht zu Söldnern anderer Interessen machen lassen – in den Krisengebieten der Welt ebenso wie im politischen Alltag hierzulande.



Braumüller Verlag

Hardcover mit Schutzumschlag, 232 Seiten, Preis 21,90 EUR, ISBN: 978-3-911001-12-6

Personalia

Herzlich willkommen! Unsere neuen Mitglieder

Rainer Bräuer, OWm
Josef Farda, Wm
Patrick Faustin, Olt
Kurt Findeis, Mjr dRes
Dipl.-Ökonom Jörg Hildebrandt, Obstlt
Dipl.-Ing. Patrick Jaritz, Lt
Mag. Nikolaus Pachucki, OStWm
Mag. Peter Prah, Obstlt dIntD
Mag. Michael Rab, Olt
Mag. Dr. Willibald Rosner
Dr. Edgar Strauch, Oberfeldarzt dR

Herzlichen Glückwunsch!

80. Geburtstag

Kurt Ramler, Obst iR

75. Geburtstag

Ernst Binder, Obst aD
Karl Cibulka, Obst aD
Dkfm. Ernst Dollack, Obst
Dr. Richard Eisner
Dr. Heinrich Kolbabek, OltA
Dipl.-Ing. Erich Krimmel, Olt
Mag. Dr. Gerhard Lugarycz, Lt
Dr. Alfred Lugert, Obst dhmfD aD
Dipl.-Ing. Manfred Münzer, GM iR
HR Heinrich Neumayer, Olt aD
Dipl.-Ing. Dr. Horst Platzer, Olt dhmtD
Hagen W. Reitinger, Bgdr iR
Mag. Friedel W. Wicke, Olt dR

70. Geburtstag

Dipl.-Ing. Bernd Neubauer, Olt
Dipl.-Ing. Klaus Kaltschmidt, Lt
Dipl.-Ing. Gerhard Rippar, Olt aD
Walter Seledec, Bgdr

65. Geburtstag

Dr. Bertrand Michael Buchmann, Hptm
HR Dr. Ernst Gall, Olt
Dr. Robert Stangl, Olt dR
SR Mag. Wolfgang Weiss, Olt
MinR iR Wolf-Dietrich Wohlfarter, Bgdr

60. Geburtstag

Mag. Dr. Alois Maresch, MjrdIntD
Mag. Hermann Stockinger, Olt
Dr. Carl Julius Wagner, Olt
Dieter Winnisch, Bgdr
Mag. Wolfgang Wosolsobe, GenMjr

50. Geburtstag

Mag. Georg Ebner, ObstdhmfD
Mag. Dr. Ludwig Helmreich, Olt
Univ.-Prof. Dr. Andreas M. Herneth, Olt
Dipl.-Ing. Alexander Kanhäuser, Olt
Dipl.-Ing. Hubert Kempf, Obstlt
Ing. Karl Kropik, Olt
OR Mag. Gerhard Schneider

Oberst Karl Cibulka 75

Am 11. Februar 2015 wurde im Anschluss an die Vorstandssitzung der OG Wien auf den „75er“ von Oberst Karl Cibulka angestoßen. Typisch, dass er den Abend seines Festtags im Kreise von Kameraden mit Vereinsarbeit verbrachte. Aktives Mitglied mit verschiedensten Tätigkeitsbereichen in der OG Wien ist er seit 19. März 1980. Von 2008 bis 2013 war er Vizepräsident; zur Zeit ist er Ordenskanzler der ÖOG. Karl Cibulka kann auf eine Bilderbuchkarriere als Milizoffizier verweisen. Vom Infanterieoffizier bei einem Jägerregiment bis zu einer späteren Beorderung (als Milizoffizier) im Abwehramt hat er verschiedenste Funktionen ausgefüllt. Besonders hervorzuheben ist die des Kommandanten des Sperrbataillons 111 in der Brucker Pforte. Dies war sicher eine der sensibelsten Stellen im Abwehrdispositiv der Raumverteidigung. Nicht von ungefähr dient ein Teil der dortigen Festen Anlagen heute als Museum des „Kalten Krieges“.

Wie viele gute Milizoffiziere hatte Karl Cibulka aber auch im Zivilberuf in der Wirtschaft Erfolg. Zuerst bei der Creditanstalt und dann bei der Giro-Credit war er Bankmanager. Seine militärische Tätigkeit war dabei keine Hindernis, sondern Ergänzung. Führungskraft ist man eben ungeteilt und als ganze Person!

Der AUFTRAG entbietet zum runden Wiegenfest die besten Wünsche!



Termine

Dienstag, 17. März, 1900 Uhr
Militärkasino Schwarzenbergplatz
Diskussionsveranstaltung mit Abg. z. NR Mag. Bernd Schönegger: „Wie kann unser Bundesheer gerettet werden? Besteht eine verfassungswidrige Aushungerung?“
Bernd Schönegger ist Wehrsprecher der ÖVP

Donnerstag, 19. März, 1800 Uhr
Haus der Industrie, 1030 Wien, Schwarzenbergplatz 4
Buchpräsentation WIEN – 2000 Jahre Garnisonsstadt Band 6 – Die vier Alliierten 1945 - 1955
Von Bgdr iR Prof. Mag. Rolf M. Urrisk-Obertyński

Dienstag, 21. April, 1800 Uhr
Heeresgeschichtliches Museum
Vortrag (gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Heereskunde)
Oberst aD Dozent Dr. Hans Rudolf Fuhrer:
„200 Jahre Schlacht bei Waterloo – die napoleonischen Kriege im Rückblick“
Dr. Hans Rudolf Fuhrer ist Schweizer Militärhistoriker und Offizier.

Donnerstag, 28. Mai, 1800 Uhr
Vollversammlung der OG Wien
Einladung folgt



OG NÖ **Einladung zum Symposium:** **Der Angriff Italiens auf seinen Verbündeten Österreich-Ungarn am 23. Mai 1915**

Das Königreich Italien war seit 1882 mit Österreich-Ungarn und dem deutschen Kaiserreich im sogenannten Dreibund verbündet. Am 23. Mai 1915 griff Italien nach vorherigen Geheimverhandlungen mit den Alliierten seinen Verbündeten, Österreich-Ungarn an. Am Samstag, den 23. Mai, jährt sich dieses Ereignis zum hundertsten Mal.

Montag, 18. Mai 2015, 1600 bis 1900 Uhr
Heereslogistikschule – Festsaal, 1140 Wien, Breitenseerstraße 61

Vorträge mit Kurzdiskussion:

Mag. Mario Muigg: **Die Einigung Italiens – vom Spielball fremder Mächte zum selbstbewussten Königreich**
Obst dhmFD Hofrat Dr. Gerhard Artl: **„Dreibund“ und Verhandlungen bis zum Kriegseintritt Italiens 1915**
Die Angriffspläne Italiens und die militärischen Vorbereitungen auf österreichischer Seite

Im Anschluss besteht die Möglichkeit zu einem kameradschaftlichen Beisammensein in der Cafeteria.

Impressum Unser Auftrag - Member of European Military Press Association

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Offiziersgesellschaft Wien, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1, Tel. 01/712 44 67, Fax 01/307 89 09, zu 100 Prozent. Vorstand: Obst. Mag. Rudolf Raubik (Präsident), Mjr Michael Glanzer (1. gf. Vizepräsident), Obst Gerhard Skalvy, MSD (2. Vizepräsident), ObstltdhmfD Dr. Mario Strigl (3. Vizepräsident), Obstlt a.D. Fritz Asenbaum, Obst Jürgen Frank, Olt Mag. Rudolf Haas, Olt Dr. Matthias Schmidl (Sekretär), Hptm Mag. Albert Stöger (Kassier), ObstA a.D. Manfred Strickner, MjrdhmfD Mag. Walter Tancsits, Hptm Stefan Trnka, BSc, MA

Medieninhaber: Offiziersgesellschaft Wien, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1, Tel. 01/712 44 67, Fax 01/307 89 09

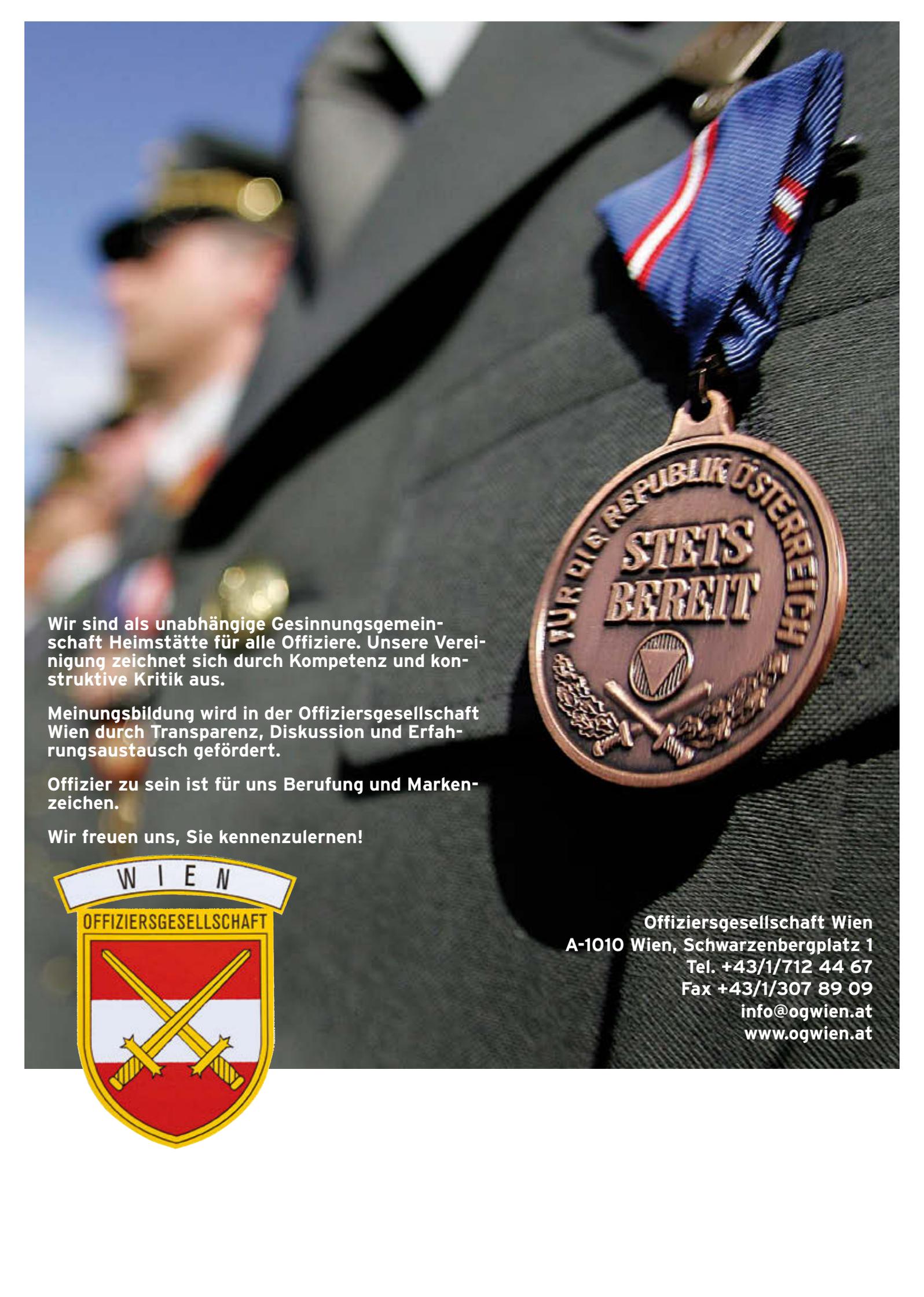
Verantwortlicher: Mjr Mag. Walter Tancsits; unser.auftrag@ogwien.at

Produktion: MetroCom Marketing/Michael Thomas

Fotos: Bundesheer/Dragan Tatic, Andreas Amsüss, fotolia.com, OGW-Archiv, Wilke, Simonis, DI Rainer Kalliany

Druck: Paul Gerin GmbH & Co KG. **Vertragsnummer:** 02Z03290M

Abonnementpreis: EUR 12,- p.a.



Wir sind als unabhängige Gesinnungsgemeinschaft Heimstätte für alle Offiziere. Unsere Vereinigung zeichnet sich durch Kompetenz und konstruktive Kritik aus.

Meinungsbildung wird in der Offiziersgesellschaft Wien durch Transparenz, Diskussion und Erfahrungsaustausch gefördert.

Offizier zu sein ist für uns Berufung und Markenzeichen.

Wir freuen uns, Sie kennenzulernen!



Offiziersgesellschaft Wien
A-1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1
Tel. +43/1/712 44 67
Fax +43/1/307 89 09
info@ogwien.at
www.ogwien.at